

Wochenschild

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhafte Bevölkerung.

Mit der illustrierten Zeitschrift „Die Neue Welt“.

Nr. 36.

9. Jahrgang.

Politische Übersicht.

Zahlenkunststücke

produzierte die Reichs-Marineverwaltung neuerdings wieder, um den Deutschen begreiflich zu machen, daß sie das ganz unverdiente Unglück haben, nicht die für militärische Zwecke höchst belastete Nation zu sein, daß deshalb nichts dringender sei, als den alten Lasten einige hundert Millionen neuer hinzuzufügen. So ist dem Reichstag mit dem Schluss der letzten Woche ein schwerer, großer Band von Zahlen darüber zugegangen, wie sich im Haushalt der wichtigsten Großstaaten die Ausgaben für Flotte und Heer im Verhältnis zu den anderen Ausgaben zusammensetzen.

Wenn man diese hübschen Berechnungen aber ein wenig genau prüft, kommt man am Ende dahinter, daß sie ganz etwas Anderes beweisen, als was sie beweisen sollen. Hier nur einige Beispiele, die sich noch sehr vermehren ließen. Den Haupttrumpf sucht das Reichsmarineamt wohl auf S. 18 der Schrift auszuspielen. Es verkündet dort triumphirend: „Von der gesamten Regierungsausgabe in Preußen-Deutschland, pro Kopf an Staats- und Localaufwand zusammen, von 92,75 Mark, entfällt auf die Marine einschließlich Pension nur 2,21 Mark = 2,38 Prozent, auf die Landesverteidigung insgesamt 14,66 M. = 15,80 Prozent und auf die Landesverteidigung und Schuld zusammen 20,85 M. gleich 22,47 Prozent. Von der gesamten Pro-Kopf-Ausgabe bleiben also noch 71,91 M. = 77,53 Prozent für productive Zwecke frei.“ Das ist der Kernpunkt der Beweisführung. Der deutsche Staatsbürger sieht auf einmal zu einem riesigen Erstaunen, daß er in gar keinem Militärstaat, wie er immer glaubte, sondern in einem Gemeinwesen lebt, das nicht weniger als beinahe 80 Prozent aller Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung produktiv, d. h. für Civilverwaltung, Rechts- und Gesundheitspflege, Volkswirtschaft, Bildung und sociale Zwecke verwendet.

Nun wollen wir uns gar nicht dabei aufhalten, daß in den Ausgaben auf alle oben aufgezählten „productive“ Zwecke 90 Prozent immer zum Nutzen der beständigen Klassen zu rechnen sind, während die Abweichenden von Haupttheil der Einnahmen bringen müssen. Das ist eine Binsenwahrheit, die nicht immer wiederholt zu werden braucht. Nein — die Sache liegt noch viel schöner: der anscheinend große Prozentsatz für sogen. Culturausgaben in der Rechnung des Reichsmarineamtes ist nur dadurch erzielt, daß bei Preußen die Ausgaben der Stadt Berlin, bei Sachsen die von Dresden, bei Bayern die von München u. s. w. den Staatsaufwendungen für Culturzwecke glattweg hinzugerechnet wurden. Der Staat Preußen will für sich Dazjenige in Anspruch nehmen, was die Gemeindeverwaltung seiner Hauptstadt für Schulen, Gesundheitspflege u. c. ausgibt, ja vielfach ausgeben muß, weil der Staat eben seine Schuldigkeit in allen jenen Städten nicht thut! Diese tolle Rechnung hat natürlich nicht den geringsten Anspruch darauf, ernst genommen zu werden. Aber ihr Zahlenwerk liefert prächtige Anhaltspunkte für eine richtige Berechnung.

Stellt man nämlich mit Besetzung der hauptstädtischen Culturausgaben die wirklichen Landesausgaben für Militär einerseits und geistige Interessen wie Gesundheitspflege andererseits einander gegenüber, so ergiebt sich etwas ganz Anderes: unter den fünf größten deutschen Bundesstaaten haben Bayern und Preußen die höchsten Ausgaben

für Soldaten, nämlich 44,07 bzw. 40,07 Prozent ihrer Gesamtausgaben, zugleich aber die niedrigsten Ausgaben für die obengenannten Culturzwecke nämlich 13,26 bzw. 10,89 Prozent ihrer Gesamtausgaben. Preußen speziell steht am allertraurigsten bezüglich dieser Culturausgaben da mit seinem 10 Prozent von einem Reichsbudget, während z. B. Württemberg doch wenigstens 18 Prozent für jene Culturzwecke übrig hat. Und damit sollen die preußischen Flottenpläne gerechtfertigt werden? Armes Reichsmarineamt!

Aber damit noch nicht genug! Nun kommt noch Herr Eugen Richter, der bekanntlich gut rechnet, und ergänzt im Umsehen die ganzen hübschen Tabellen des Marineamtes gerade in ihren Grundlagen, dem angeblichen Nachweis, daß Deutschland viel weniger für militärische Zwecke auszugeben, wie andere Länder. Es heißt darüber in der „Frei. Zeit.“:

„Wenn man sich durch die falschen Schlussfolgerungen der Rechnung nicht betrüben läßt und in die Materie selbst eindringt, so kommt man gerade auf Grundlage dieser Rechnung zu einem ganz entgegengesetzten Ergebnis wie demjenigen, welches der Reichstag damit bezeichnet. Denn aus dem Tabellenwerk ergiebt sich klar und deutlich, daß Deutschland schon gegenwärtig in den Ausgaben für Heer und Flotte an der Spitze aller Großmächte marschiert. Um diese Thatsache zu verbüllen, werden in den Tabellen den Ausgaben für Heer und Flotte und den zugehörigen Pensionen die Zinsen aller in der Vergangenheit aufgenommenen Kriegsschulden zugerechnet. Deshalb also, weil Frankreich nicht Milliarden empfangen, sondern bezahlt hat, weil in der französischen Kriegsschulden alle Sünden der Napoleonischen Wirtschaft dieses Jahrhunderts enthalten sind, soll Deutschland sich an den Ausgaben ein Beispiel nehmen, welche Frankreich für seine Landesverteidigung einschließlich der Zinsen der Kriegsschulden aufbringt. Ebenso verhält es sich mit den Kriegsschulden von Russland, Großbritannien, Österreich und Italien. Zum andern heißt es in der Begründung, daß die Staatschulden nach Abzug der Eisenbahnschulden doch vorwiegend militärischen Bedürfnissen ihre Entstehung verdanken“. Diese militärischen Bedürfnisse, welche zu Kriegsschulden Veranlassung gegeben haben, liegen aber bei den genannten Staaten nicht bloß Generationen, sondern teilweise Jahrhunderte weit zurück, während die deutschen Schulden bekanntlich für Kriegszwecke erst seit zwanzig Jahren, in der Hauptsache erst seit 10 Jahren gemacht sind und mit der gegenwärtigen Kriegsrüstung daher in engem Zusammenhang stehen.

Läßt man nun die Schuldzinsen außer Betracht, so ergiebt sich aus den amtlichen Darlegungen, daß Deutschland für 1898, also zuzüglich der neuen Ausgaben in dem dem Reichstage vorliegenden Staatsentwurf, für Landheer, Flotte und Pensionen schon 823 Millionen Mark verausgabt. Dahinter kommt dann für 1897 Großbritannien mit 814 Millionen, Frankreich mit 786 Millionen, Russland mit 759 Millionen, Österreich mit 370 Millionen und Italien mit 318 Millionen.

Für 1897 belief sich die deutsche Ausgabe auf 796 Millionen und ist daraus in dem Tabellenwerk berechnet, daß auf den deutschen Kopf Ausgaben von 14,86 M. entfallen. Bei unseren Verbündeten in Italien betragen diese Aus-

gaben auf den Kopf nur 10,16 M., in Österreich-Ungarn 8,25 M., in Rußland betragen sie sogar nur 5,89 M. Aber triumphirend wird in den Tabellen hervorgehoben, daß für Frankreich die Ausgaben sich auf 20,23 M. für Großbritannien auf 20,30 Mark pro Kopf belaufen. Dabei wird nur das Eine arther Betracht gelassen, daß die großbritannischen Ausgaben, namentlich die Ausgaben für die Flotte im Betrage von 447 Millionen, sich auf ein Colonialreich von 360 Millionen Einwohnern mitbeziehen. Die englischen Colonien haben, abgesehen von Indien, nur sehr geringe Militär- und Marinabudgets und erhalten eine Ergänzung ihrer Wehrkraft durch das Mutterland, namentlich durch die Flotte. Bekanntlich befindet sich die Hälfte der englischen Landarmee in den Colonien, ganz abgesehen von den eigentlichen Colonialtruppen. Auch in Frankreich beziehen sich die Ausgaben für Landheer und Flotte mit auf ein Colonialreich von 33 Millionen Einwohnern. Wenn man diese Stoffzahl des englischen und französischen Colonialreichs auch nur zu einem Bruchtheil mit in Rechnung stellt, so ergiebt sich, daß auch nach der Kopfzahl der Bevölkerung kein Land soviel schont, wie für Landheer und Flotte ausgibt wie Deutschland. Das ganze Tabellenwerk erweist sich daher als ein Fehlschlag, der den Gegnern des Flottengegesetzes vorzüglich zu Statten kommen wird.“

Diese Vernichtung der Resultate der amtlichen „Berechnungen“ hindert natürlich unsere offiziellen und offiziösen Presseorgane, bis zum letzten Kreisblatt herunter, keineswegs, mit den neuen Tabellen überall hausieren zu gehen. Umsomehr sollten sich unsere Genossen die vorliegenden richtigen Zahlen merken, um im nächsten Wahlkampfe den Herren Gegnern damit gebührend aufzutreten zu können.

Zur Flottenvorlage.

Wie die „Germania“ mittheilt, hat die polnische Fraktion einstimmig beschlossen, die Marinavorlage abzulehnen, und dementsprechend ihrem Vertreter in der Budgetcommision, dem Abgeordneten Dr. v. Tschudewitz, Beifügungen ertheilt.

Dieser Beschluß der Fraktion entspricht nicht den Gesichten, die bisher über die vermutliche Stellungnahme der polnischen Fraktion in die Öffentlichkeit gedrungen sind. Offenbar haben die zahlreichen Rundgebungen aus den Wählerkreisen, die nichts von der Tropfizade wissen wollen, diese neue Entscheidung hervorgerufen. Und besonders schwer mag es den polnischen Herren nicht geworden sein, auf die Wünsche ihrer Wähler zu hören, denn sie sagen sich jedenfalls: die Vorlage geht doch durch, dafür sorgt schon das Centrum!

Sehr wohl möglich ist es aber auch, daß sich der Beschluß der polnischen Fraktion nur auf die Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt bezieht und daß eine Änderung des Beschlusses alsbald eintreten würde, wenn die Regierung einige Concessions bezüglich der Bildung des Staatsrechts des Reichstags zu machen bereit ist.

Dies ist ja auch die Haltung des Centrums. Auch diese ausschlaggebende Partei ist gegen die Vorlage, aber nur, wenn sie um kein Tüpfelchen verändert wird. Einige Gefälligkeiten von Seiten der Regierung an die um Lieber beruhigt das vollständige Gewissen der Centurmänner und der Polen und aus Nein wird Ja, aus Flottelagern Bekämpfern werden begeisterte Admiralskis.

Nicht weniger als zwölf Kriegsschiffe

entschließe ab, nicht Katholik zu werden. Er passierte Nördlingen, natürlich ohne Böhme zu sehen, und kam über Donauwörth und Augsburg nach München. Wie der Fürstpropst ihm gerathen, sah er sich in München den Katholizismus genauer an. Der Jesuitenorden war selbst in Österreich nun gefallen, die Schüler Loyola's arbeiteten mit aller Wuth der Selbstdiebe an Erhaltung ihrer letzten Zufluchtsstätten in Bayern, Schubart hörte ihre zelotischen Predigten, sah die Bilderausübung, die Heiligen von Krappeln und Lahnern durch

Pater Gähner, Merz und Consorten, die Prozessionen, die Klüste des Weihstuhls, kurz die Entartung der römischen Kirche damaliger Zeit in voller Räckheit. Da kam die alte Sehnsucht nach seinem kleinen, verschmähten und doch so reinen Familienglück, nach Weib und Kindern. Ach, was hatte er ihnen zu bieten! Er schrieb einen schmerzvollen Brief an Helene, sie antwortete nicht. — Eine tödliche Schwermuth ergriß ihn, während Leben auf Ablegung des katholischen Gelübdes drang. — Er wußt aus. — Man ward misstrauisch, schrieb nach Stuttgart, und erhielt jetzt solche Enttäuschungen über ihn, daß ihm bedeutet wurde, man halte ihn für einen Betrüger, er möge München verlassen. — Und wieder auf der Landstraße, heimatlos! — Wenige Gabda in der Tasche und ohne Gedäch stand er vor dem Postwagen.

„Wohin, Reil!“ faischte er im Grunde. „Ah, 's ist Al' eins, jede Straße fährt auf den Kirchhof! Was ist denn der lohende Drang Deiner Seele? Wahrheit! Sie soll mich frei machen! — O, frei machen, frei werden, Welch ein Gedanke, um den uns Götter deinen können. Betteln, aber frei sein! Fort in die Weite; ich kann nicht tiefer abwärts mehr, ich will aufwärts zum Himmel! — Ewiges, heiliges Weltensein, das mich kennt in aller meiner Schwach, los, o los mich an der Wahrheit gefunden!“ — Er stieß in den Postwagen. Das letzte Horn entlud.

„Guten Tag! Was dem Jungen beim Organe nach, dem

Schubart und seine Zeitgenossen.

Historischer Roman von A. C. Brachwitz.

138

(Kadettenversetzen.)

Er begegnete Jäckle Stosz, weiland Vorschläger der Aufzüge, jetzt behäbiger Sittenzmeister, sein Weibchen am Arm, glücklich und geachtet. Beide starrten sich an, Schubart fürzte vorüber! — Auch das „lustige Elend“ bestand nicht mehr. Die Preußen, als sie die Stadt unter Kleist den Österreichern abgenommen, hatten die alte Barade eingedichtet. Über ein „bitteres Elend“ bestand noch — jenes verfummene, zottliche Weib, das da an der Schuttblüde bettelte!

„Schubart, Du bist's! Haha, lauf doch nit! — Kennst's Margarethe nit mehr, Du Schlumpf?“

Als sie durch Erlangen führten, ward Schubart immer licher und bleicher, er wagte kaum aus dem Wagen zu blicken. Westwärts ging der Weg, nach Ellwangen, drei Stunden von Aalen, seiner Heimath, zu dem Fürstpropst Anton Ignazius, seinem alten Gönner, dem Patrone seines Vaters.

Er fühlte fast eine Ohnmacht, als ihn Baron Leiden der Emain als Convertit vorstelle.

Der fürstliche Greis im Silberhaar, dem das violette Gewand wie ein Prophetenkleid hingeworfen, sah ihn lange an.

„Also dieser da wird Convertit? So, so! — Nun gut! Komm heute Abend zu mir, mein Sohn, ich werde Deine Freiheit hören.“

Um die gegebene Stunde ließ Christian sich zitternd bei dem Fürsten melden. Ein Kaplan führte ihn ein und verließ auf Ignazius' Befehl. Beide standen stumm einander gegenüber.

„Du hast in mir nicht den Bischof von Ellwangen, den

Dreyfus trug. In demselben Augenblick wurde wahrscheinlich von dem Bedeck eines Tramwagens ein Revolverschuß abgegeben.

Der Polizeipräsident ist am Thalotz erschienen.

Auf dem Boulevard Voltaire wurden die Fenster des Geschäftshauses Bernstein durch Steinwölfe zertrümmert. Eine Seite des Hauses wurde ziemlich schwer verletzt.

Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

Das Individuum, welches auf dem Boulevard Gewehrschüsse abgab, ist ein Barbiergeschäft. Die Polizei nahm etwa zehn Verhaftungen vor. Die Ordnung ist wieder hergestellt.

Der Polizeipräsident hat für morgen die strengsten Maßnahmen angeordnet.

Sturz des Ministeriums Meline?

Zwischen den Radikalen und der republikanischen Partei fanden Verhandlungen statt, um den Sturz Melines vorzubereiten, welcher wegen seiner Verbindung mit den Klerikalen und der Rechten verdächtig zu werden beginnt. Die Republikaner wünschen die Bildung eines Konzentrationskabinetts Dupuy, welches die Wahlen leiten soll.

Budapest, 12. Febr. Im Ministeriothe wurde beschlossen, die agrar-sociale Bäuerbewegung begünstigten Blätter vorläufig nicht unter Cenzur zu stellen, vielmehr sollen diese Zeitungen vor ihrer Verleihung von der Staatsanwaltschaft gelesen werden, welche leichtere die Verleihung eventl. inhibut.

Brillenkaffee.

Herr Paul Ey. Das Exzerat kam für die heutige Nummer zu spät, es gelangte erst 12th Uhr in unsere Hände.

Stadttheater.

Sonntag: Nachmittag 3th Uhr: „Corbeau“ u. Bettelstab. Abends 7th Uhr: „Margaretha“. Sonntag: Nachmittags 3th Uhr: „Der Giegenerbaron“. Abends 7th Uhr: „Nibelungen-Gesetz II.“ „Die Waltare“.

Lobetheater.

Sonntag: „Das weiße Rößl“. Sonntag: Nachmittag 3th Uhr: „Jugendfreunde“. Abends 7th Uhr: „Die kleinen Lämmer“. Hierzu: „Wiener in Berlin“.

Thalia-Theater.

Sonntag: „College Crampton“ Friedrich-Wilhelmstr. 20.

Brauerei Gebr. Roesler.

Nur farbes Gastspiel des echten unverwundbaren Fakirs.

Geschäfts-Eröffnung!

Allen Freunden und Genossen zur Nachricht, daß ich hier selbst ein

Cigaretten-, Zigarren-, Rauch-, Salz- und Schnupftabak-Geschäft

eröffnet habe und empfehle dasselbe einer geeigneten Bezahlung.

Johann Kühnel, Friedrich-Wilhelmstr. 31.

Cigaretten, Cigaretten 20.

Casse in 1/4 Pfd. Packen, reich-

liches Gewicht 20, 25, 30 40 und 45 Pf.

Chee in Päckchen von 10 Pf.,

die vorjährige Ware, offiziell

Oscar Betz, Adalbertstrasse 2.

Arbeiter-

Handen, engl. Leder, und

Wollenshosen, blaue waschliche

Blousen, gefrichete Westen.

Hierzu: „wiener in Berlin“.

vorm. C. Griesbach, 1965

Kaufen Sie nur meine wirklichen

reellen Cigaretten

No. 11, 12 u. 13 mit

amerik. Umblatt.

3 Stück 10 Pf.

100 Stück M. 2 —

No. 15, u. 16 mit

rein Brasil.-Einlage.

St. 5 Pf. 100 St.

M. 4,50, das Ver-

fügbarste in 6 bis 10 Pf.-Cigaretten.

Rauch-, Kau- und

Schnupftabak-Typen.

Auswahl und billiger: Cigaret-

spritzen, Tabakspfeifen wie Einzel-

theile, Spazierstäbe etc. bei

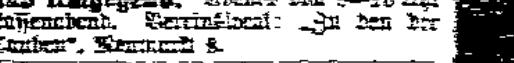
R. Miglia, St. Wilhelmstr. Ia.

II. Geschäft: Schmiedebreite 11.

III. Bismarckstrasse 22.

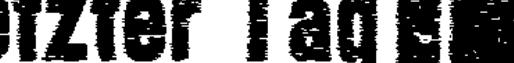
3074







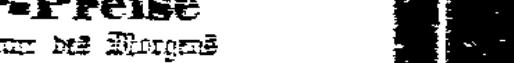




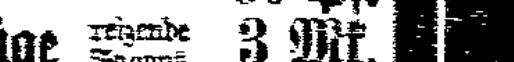






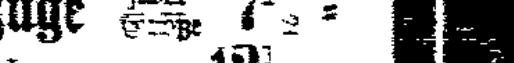


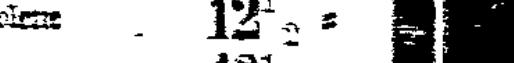


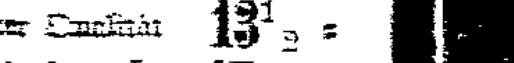






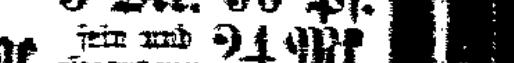


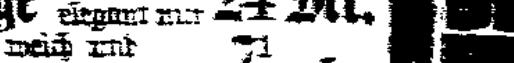


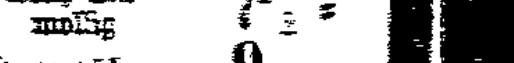


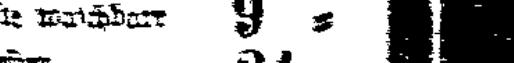


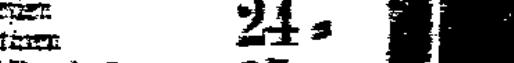


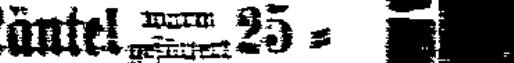
















































<img alt="Logo of Diebe" data-bbox="214 1397

Beilage zu Nr. 36 der „Folkswacht“.

Sonntagnachmittag, den 12. Februar 1898.

Sokales.

Breslau, den 12. Februar 1898.

Auf die Volksversammlung,

welche morgen, Sonntag, Vormittags 11 Uhr, im „Tivoli“ (Neuborsstrasse) tagen wird, machen wir hier nochmals alle Genossen und Genossinnen aufmerksam. Der Vertreter für Breslau-Ost im Reichstage, Franz Tugauer, wird nach etwa 1½-jähriger Pause endlich einmal wieder zu der Breslauer Arbeiterschaft sprechen können und dies zusammen mit der für alle Arbeiter unendlich wichtigen Tagesordnung:

„Die neuesten Angriffe auf die höchsten Rechte des Volkes!“

wird gewiß den geräumigen „Tivoli“ bis auf den letzten Platz füllen. Thue also jeder seine Pflicht!

Karten à 10 Pf. sind noch im Versammlungslocal zu haben.

* Die Volksfreundschaft in den Apotheken ist

für Breslau seit langen Jahren ein „conträrer Gegensatz“. Angehörige der „Niederrheinischen Volkstribüne“ haben kürzlich ein Dutzend Düsseldorfer Apotheken besucht und dabei constatirt, wie man sich die Recepte bezahlen läßt. Natürlich hatten die Genossen ein und dasselbe Recept, aber in durchaus verschiedenartig und selbstredend von einem Arzte, der auf unserer Seite steht. Die große Mühe und das viele Geld für die Medizin sind indessen nicht bezahlt worden. Es wurde

sogar festgestellt, daß die Apotheker sich für eine und dieselbe Recept, bzw. für Anfertigung derselben in verschiedenster Weise bezahlen lassen!

Ein Recept, welches in der Apotheke am Schadowplatz nur 85 Pf. kostete, mußte in der Apotheke an der Kommunikationsstraße mit 1,25 M., in der Hirsch-

Apotheke am Karlsplatz mit 1,20 M., in der Germania-

Apotheke in der Friedrichstraße mit 95 Pf. und in der

Münster-Apotheke in Derendorf mit 90 Pf. bezahlt werden.

Hier nach kostet also dieselbe Arznei in der einen Apotheke

50 Pf. mehr als in einer andern, obgleich angenommen

werden muß, daß auch der „billige Mann“ zu Apothekern

kreisen verkauft hat. Dieser Preis-Unterschied ist vielleicht auf

die geradezu unsinnigen Preise zurückzuführen, zu denen jetzt

Apotheken gekauft werden. So überstieg beispielsweise der

Kaufpreis den vom Verkäufer gezahlten in einer Apotheke zu

Görlitz um über 200,000 M. (Verkauf einer ersten Con-

cession), in einer anderen zu Görlitz um 176,000 M., in

einer dritten dortselbst um 65,000 M., in Freystadt um

47,000 M., in Naumburg a. S. um 47,000 M. (nach

nur zweijährigem Besitz), im Dorfe Langenöl um 37,000 M.

(nach dreijährigem Besitz), in Jauer um 34,000 M. u. s. w.

Der Besitzer der Apotheke in Landeshut erhielt die Erlaubnis,

daß auf der Apotheke ruhende zweite Privilegium zur Er-

richtung einer zweiten Apotheke dortselbst zu verkaufen und

ergiebt dafür den Preis von 90,000 M. Daß bei derartigen

Kaufpreisen die Arzneikäufer geschneppert werden müssen, um

den üblichen Apothekergewinn zu erzielen, das glauben wir

gern. Leider sind dem Publikum die Hände gebunden, so daß

auch nicht das Geringste dagegen gethan werden kann.

* Entschädigung für Folgen des Boykotts.

Eine besondere Art öffentlicher Unter-

stützung gedenkt der Gemeindevorstand des meistens von

Arbeitern bewohnten Dresdener Vorortes Deuben einzuführen. Er hat im Gemeinderath den Antrag gestellt,

solchen Geschäftleuten, die durch socialdemokratische Boykott-

erklärungen verschuldet (?) geschädigt seien, den Verlust aus

der Gemeindebesitz zu vergüten. Der Gemeindevorstand

empfiehlt, zu diesem Zweck eine von Großbetrieben und Consum-

vereinen zu erhebende Umsatzsteuer zu verwenden. — Wenn

das Prinzip erst anerkannt ist, daß den durch einen Boykott

Geschäftsgütern Erfolg aus öffentlichen Mitteln zu gewähren ist,

so wird diese Entschädigung auch da gewährt werden müssen,

wo statliche Behörden Gastwirthe, Zeitungen u. s. w.

boykottieren, indem sie ihren Untergebenen verbieten, die

Vocale jener Gastwirthe zu besuchen oder bestimmte Zeitungen

zu lesen.

* Die Zulassung ausländischer Arbeiter.

Bezüglich der Behandlung der Anträge auf Zulassung ausländischer

Arbeiter zu landwirtschaftlichen Arbeiten ist folgende Anordnung

erlassen worden:

Anträge auf Zulassung russisch-polnischer oder galizischer Arbeiter sind bei dem Landrat durch Vermittelung der zuständigen Ortspolizeibehörde anzubringen. Die Polizeibehörden haben sich bei Belehrbeförderung der Anträge zunächst darüber zu äußern, ob in den einzelnen Fällen ein williges, durch den Mangel an geeigneten inländischen Arbeitskräften herverursachten Bedürfnis zur Heranziehung ausländischer Arbeiter als vorhanden anzuerkennen ist und ob die Persönlichkeit des Antragstellers die erforderlichen Voraussetzungen für die genaue Prüfung der zustellenden Bedingungen bietet. In den Fällen, wo die Ausländer in Wiederholjahre beschäftigt werden sollen, ist außerdem Seitens der Polizeibehörden noch anzugeben, ob und zugetreffenden Falles inwieweit die Beschäftigung der Ausländer durch ein unabwendbares Bedürfnis begründet ist. Die betreffenden Anträge müssen Angaben über a) die Zahl der zugelassenen russisch-polnischen oder galizischen Arbeiter (nach Geschlechtern getrennt); b) die Art ihrer Beschäftigung; c) die mutmaßliche Dauer der letzteren; d) die Arbeitsstätte enthalten. Nachdem im Einzelfalle den Antragstellern die nachgeholte Genehmigung erteilt sein wird, haben sie sich durch Unterzeichnung eines Vertrages zur gewissen Erfüllung der in dem Vertrage ihnen auferlegten Bedingungen zu verpflichten.

Das unabwendbare Bedürfnis werden die Herren „Rothleidende“ schon nachweisen, zumal die Polizeigewalt auf dem Lande meist in ihren Händen ruht. Die inländischen Landarbeiter werden dadurch immermehr in die Städte getrieben werden und das Angebot von Händen vermehren helfen.

* Zum Eisenbahn-Schrankenwärterdienst. Der Präsi-
dent der Königlichen Eisenbahndirection Breslau veröffentlicht in
seinem „Amtsblatt“ folgendes Erst: Ein förmlich eingetretener
Betriebsunfall gibt uns Veranlassung, die Vorstände der Betriebs-
inspektionen darauf aufmerksam zu machen, daß zur Schranken-
bedienung frequentierter Überwege, namentlich innerhalb und in der
 Nähe von Bahnhöfen nur vollkommen zuverlässige Personen ver-
wendet werden und daß dieselben ohne Erlaubnis der vorgesetzten
Behörde eine Nebenbeschäftigung in ihrer freien Zeit nicht übernehmen dürfen. Und will

es schnell, als ob innerhalb des gesamten Eisenbahns. Betriebes nur vollkommen zuverlässige Personen Verwendung finden dürften. Das beste Mittel, das Ziel des Erfolgs zu erreichen, wird freilich sein, die Leute so zu bezahlen, daß sie nicht gezwungen sind, in ihrer Dienstzeit Nebenbeschäftigung zu vertragen. Gerade die intelligentesten Arbeiter hält sich die Bahndienstverwaltung durch die niedrigen Löhne fern.

* Sammeln hat wegen der Maul- und Klauenpest. Mit Rücksicht auf die Ausbreitung der Maul- und Klauenpest im Landkreis Breslau sind die Amtsverwalter seitens des Königl. Landrates veranlaßt worden, bis auf Weiteres die Abhaltung von öffentlichen Tanzlustbarkeiten in den Sperrgebieten nicht zu gestatten; inwieweit nach Lage der Verhältnisse diese Beschränkung noch in anderen, den Sperrgebieten benachbarten Ortschaften einzutreten hat, bleibt dem Ernennen der Amtsverwände anheimgestellt. — Treffend bemerkt hierzu die Bielitz-Btg.: Mit demselben gleiche könnte man auf dem Lande wegen der Maul- und Klauenpest auch die Hochzeits- und Tauffeiern verbieten, die Vereinsfestungen und Versammlungen aufzuhören, die Kirchen und Schulen sperren und sogar die Jagdvergnügungen und stärker besuchten Glastabende der Herren Gutsbesitzer untersagen.

* Socialdemokratischer Verein. Der am vorletzten Montag von der Tagesordnung abgezogene Vortrag: „Militärische und Gewerbevolk“ wird in der am Montag stattfindenden Versammlung gehalten werden. Die Mitglieder werden erzählt, plausibel zu erscheinen.

* Wochenbericht des statistischen Amtes der Stadt Breslau. In der Berichtswoche vom 30. Januar bis 5. Februar fanden 59 Hochzeitungen statt. — In der Vorwoche wurden 254 Kinder geboren. Davon waren 216 ehelich, 38 unehelich, 243 lebend gebooren (135 männl., 108 weibl.), 11 Todtgeboren (2 männl., 9 weibl.). Einschließlich der nachträglich gemeldeten sind 182 Sterbefälle (96 männl., 86 weibl.) in der Berichtswoche vorgekommen. Todesursachen: Scharlach 2, Masern und Rötheln 2, Rose 2, Diphtherie 2, Grippe 2, Wohndorfseifer 2, Keuchhusten 2, Unterleibskrankheit 2, Ruhr 2, Durchfall 2, Magen- und Darmskatarrh 16, andere acute Darmkrankheiten 4, akuter Gelenk- und Rheumatismus 2, andere Infektionskrankheiten 2, Krebs 9, Gehirnsehnen 6, Krämpfe 6, andere Krankheiten des Gehirns 8, Lungenschwund 35, Lungen- und Luftröhren-Erzündung 20, andere acute Krankheiten der Atmungsorgane 2, andere Krankheiten der Atmungsorgane 6, Lebensschwäche und Atrophie der Kinder 9, alle übrigen Krankheiten 48, Verunglückung 2, Selbstmord 2, Unbekannt 1, Todjagd 1.

* Zur Ermordung der Frau Karte. Wie bereits gestern kurz gemeldet, ist in einem jetzt von Berlin hier eingetroffen Kleidungsstück des der Mordtat verdächtigen Malers Kuhn ein Ring der Ermordeten aufgefunden worden. Der „Sächs. Btg.“ wird darüber geschrieben: Die heilige Polizei entdeckte in einem in dem Koffer befindlichen Rock des Kühn, und zwar lose im Vermel zwischen Gürtel und Oberzeug, in Seidenpapier eingewickelt, einen der drei Ringe, die bald nach dem Mord als vermischt gemeldet wurden, eine Art von Siegelring mit blauem Stein. Der Ring war an seinen Fundort gebracht worden, indem Kuhn oben, wo der Vermel angenähert ist, das Gürtel gerade so weit losnahm, daß der Ring durch die Öffnung gedrückt werden konnte. Der — bald nach Kühns Verhaftung seinerseits aus der Haft entloste — Sohn der Ermordeten, der Schuhmacher Karte, hat den Ring mit vollster Bestimmtheit als den einen der vermissten Ringe erkannt, den er selber früher Jahre lang am Finger getragen und erst einige Zeit vor dem Mord seiner Mutter zurückgegeben habe. Die Aufzündung des Rings hat eine sehr starke Verabminderung der bis dahin von Kuhn zur Schau getragenen Äußerlichkeit zur Folge gehabt, umso mehr als auch sonst die Indizien gegen ihn sich mehrten. So ist seine anfängliche Behauptung, er habe zu der Ermordeten niemals in irgend welchen Beziehungen gestanden, längst als hinfällig erwiesen. Er hat in dem Laden der Frau Karte und mit dieser sehr viel verkehrt, sogar bis in die letzte Zeit. Der ihm nachgewiesene letzte Besuch bei Frau Karte fand zwei Tage vor dem Mord statt, und die Lebensgewohnheiten der Ermordeten, die Art wie sie ihre Baumittel verwahrt u. s. w. sind dem Verdächtigen vollkommen und genau bekannt gewesen. Die Verdachtsmomente gegen Kuhn vermehren sich sonach fortgesetzt, und vielleicht findet er sich Angeklagten zuletzt doch veranlaßt, ein Geständnis abzulegen.

* Das Narrenfest des Deutschen Holzarbeiter-Vereines findet Sonnabend, 19. Februar, im großen Saale des „Schießwerder“ statt. Aus dem überreichen Programm verdienen folgende besonders interessante Aufführungen hergehoben zu werden: „Data Morgana“, phantastische Darstellungen aus orientalischen Märchen, „Die hohe Schule auf dem Fahrrad“, ausgeführt von 4 Herren und 4 Damen, „Fabrikarouf“, ausgeführt von Mitgliedern des „Vater-Radschaefer-Verein“. Aufführung lebender Bilder nach berühmten Meistern. Auftritte des weltberühmten Professors Mr. Barton mit seinen musikalischen Automaten. Pantomimische Fahnentreffen mit Solo-Tanz, ausgeführt von 16 Damen in Ballett-Kostümen. — Um eine Überfüllung der Räume zu vermeiden, werden nur eine bestimmte Anzahl Billets ausgesetzt, die bei dem starken Andrang schnell vergriffen sein dürften. Wer daher das Fest besuchen will, der möge sich die Zeiten vorlegen. (Siehe Inserat.)

* Narrenfest. Das beliebte Narrenfest des Männergesangsvereins „Liederstanz“ findet in diesem Jahre am 19. Februar in den Räumen der „Concordia“ statt. Es gelingt dabei wiederum ein eigens dazu eingerichtetes Festspiel von den Mitgliedern unter Mitwirkung geschätzter Freunde zur Aufführung und verspricht allen Besuchern einen recht vergnügten Abend.

* Der Krankenunterstützungsbund der Schneider (E. H. Braunschweig) hat, da der gesetzlich vorgeschriebene Reservefonds erreicht ist, seinen Mitgliedern mehrere Vergünstigungen zuwenden können. Das Eintrittsgeld ist auf 50 Pf. ermäßigt, das Krankengeld dagegen in allen Klassen um 10 Pf. pro Tag erhöht worden; ebenso ist auch das Sterbegeld höher bemessen worden. Die Beiträge sind trotzdem dieselben geblieben. — Die heilige Zahlstelle feiert Sonntag, den 20. Februar, in den Räumen des „Tivoli“ das Fest des 15-jährigen Bestehens durch Soiree und Tanz. Eintrittskarten à 30 Pf. sind beim Bevollmächtigten, Herrn Hugo Schelske, Hammerstr. 24, zu haben.

* Freie Religions-Gemeinde. Nächsten Montag, 14. Februar, Abends 8 Uhr, wird Herr Dr. Voell fel aus Halle a. S. der in Breslau wohl bekannte freireligiöse Prediger, in der Erbauungshalle, Grünstraße Nr. 6, einen öffentlichen Vortrag über das Thema: „Einnewahrnehmungen und Einzelfäusungen“ (Gegen den Spiritualismus) halten. Billets im Vorverkauf à 10 Pf. in den bekannten Comptoiren. (Siehe Inserat.)

* Kindermord? Am 11. d. Mts. Vormittage wurde im Hause Berlinerstraße 2 die in einen Lappen rothes Tüll ein gewickelte Leiche eines neugeborenen Mädchens gefunden. Reiche Fleide am Halse ließen auf einen gewaltsamen Tod schließen.

* Gefunden werden: ein Portemonnaie mit Zahalt, eine Kettenpendantur, eine überne Spindeluhr, ein goldenes Armband und ein Spazierstock mit Krücke.

* Wegen Verbreitung von Flugblättern im Neumarktstreife waren 6 Genossen mit Strafmandaten in Höhe von 5 Mark bedroht worden, die das Schöffengericht in Neumarkt auch bestätigte. Von den Bewirthen legten fünf Berufung ein und sam die Sache gestern vor dem III. Stadtkammer hierbei zur Rechenschaft. Dieser Gerichtshof gelangte zur Abschaffung des erstmals verhandelten Urteils und zur Überprüfung der Angeklagten, weil er der Ansicht war, daß eine Überprüfung der §§ 10 u. 41 des preußischen Strafgesetzes vom 12. Mai 1861 auf welche für das Urteil des

Schöffengerichts stützte, deswegen nicht in Frage komme, weil es sich nach dem Ergebnis der Verhandlung nicht um eine Verbreitung auf öffentlichen Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten handele, sondern in geschlossenen Räumen. Nach § 43 Abs. 5 der Reichsgewerbeordnung ist über eine Erlaubnis zur nicht gewerbsmäßigen Vertheilung von Druckschriften in geschlossenen Räumen nicht erforderlich. In der Verhandlung sei nur festgestellt worden, daß die Vertheilung der fraglichen Flugschriften auf dem Dorfe und dort nur in Haussäulen stattgefunden habe, die von den Bewohnern der betreffenden Gebäude als Theile ihrer Wohnungen beaufi wurden. Die Vertheidigung führte Herr Rechtsanwalt Helm.

Schlesien.

* Liegnitz, 11. Februar. Aus dem vierten Stock ihrer Wohnung in der Haynauerstraße stürzte sich heute Vormittag, 8 Uhr die circa 70jährige Witwe Birner, die schon seit Jahren an einer unheilbaren Krankheit litt. Sie wurde als Leiche von der Stelle ge- schafft.

* Eisdorf, 10. Februar. Die Genossen, sowie die Mitglieder des Arbeitervereins werden auf die Sonntag, den 20. d. Mts. stattfindende Mitglieder-Versammlung aufmerksam gemacht. In demselben wird der Kandidat für den Wahlkreis Jauer-Bolkenhain-Landesamt, Genosse Hermann Kräzig aus Blumenau, einen Vortrag über „die Wahlparolen bei der nächsten Reichstagwahl“ halten Gäste aus den genannten Kreisen können eingeführt werden.

* Geuhammer, 5. Februar. Die impostierten Polen sind schon wieder aus dem schönen Niederschlesien gewichen. Die schlesischen Coal- und Kohlenwerke halten polnische Arbeiter angeworben. Heute können wir melden, daß die Zugänger schon wieder fort sind. Es war ihnen zu schön, sie konnten den guten Sohn, das Schlaraffenleben nicht vertragen und zogen es vor, um nicht an Feuerzeug zu ziehen, den niederschlesischen Staub von den Stiefeln abzuwischen. Alles kann der Mensch ertragen, nur nicht eine Stelle von - guten Tagen.

* Böhlenhain, 10. Februar. Nichtbestätigung eines Gemeindevorstehers. Der bisherige Gemeindevorsteher von Weberei-Gutsbezirk Gottholdi war, dessen sechsjährige Amtsperiode am 31. Dezember d. J. abgelaufen war, wurde in der Sitzung der Gemeindevertretung vom 25. November mit 13 gegen 3 Stimmen zum Gemeindevorsteher auf eine neue sechsjährige Amtsperiode wiedergewählt. Hierauf ging jedoch dem Gewählten von dem Königlichen Landrat Herrn Geb. Regierungsrath von Lösch in Böhlenhain die Nachricht zu, daß der Landrat ihm unter Zustimmung des Kreisausschusses keine außeramtlichen Verhältnisse die Bestätigung versage. Er erfreut sich aber Herr Latuch, wie das „Jauerische Stadtblatt“ mitteilt, der größten Achtung der ganzen Gemeinde, aber er ist freilich. Zum besseren Verständnis der Maßregel dient vielleicht die Erinnerung, daß der Landrat derselbe ist, welcher auch bei dem kürzlich gemeldeten beobachtlichen Verschluß, unserem Genossen Werner aus der Arbeit zu bringen, von sich reden möchte.

* Kattowitz OS., 11. Februar. Der heilige Magistrat hat in diesen Tagen einen die Zeit vom 1. April

